

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Damian Lohr (AfD)

Fluglärmproblematik in Rheinland-Pfalz

Immer mehr Menschen in Rheinland-Pfalz werden durch steigenden Fluglärm belastet. Weiterhin besteht die Gefahr von erhöhter Lärmverlagerung von Hessen nach Rheinland-Pfalz.

Ich frage die Landesregierung:

1. Erwartet die Landesregierung für ihre Bundesratsinitiative zur Gleichrangigkeit von Fluglärm und Flugkapazität bei der Planung von Flughäfen und Flugrouten eine Mehrheit im Bundesrat, obwohl rot-grün regierte Bundesländer wie etwa Nordrhein-Westfalen oder Hansestadt Hamburg kein oder nur wenig Interesse daran zeigen?
2. Welche regelmäßigen direkten Kontakte pflegt die Landesregierung (die Ministerpräsidentin und/oder der jetzt zuständige Staatsminister) zur Deutschen Flugsicherung (DFS), zur Fraport und zum Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF)?
3. Weshalb hat sich die Landesregierung im Gegensatz zur hessischen Landesregierung in diesem Kalenderjahr zum Fluglärm des Flughafens Frankfurt öffentlichen überhaupt noch nicht näher geäußert?
4. Wie gedenkt sich die Landesregierung zu verhalten, wenn Routenänderungen angeboten werden sollten, die zwar insgesamt in der vom Fluglärm des Flughafens Frankfurt betroffenen hessischen Teilregion eine Lärminderung bewirken, aber in der mitbetroffenen linksrheinischen Teilregion eine Lärmerhöhung bewirken?
5. Welche Art Kontrollen übt die Landesregierung aus, um die Einhaltung der für Rheinland-Pfalz sehr wichtigen 5-Knoten-Regelung zu überprüfen?
6. Kann die Landesregierung bestätigen, dass bei Anflügen von Westen auf die beiden Landebahnen von FRA jeweils mehr Menschen überflogen und belästigt werden als bei Anflug von Osten auf die entsprechenden Landebahnen?
7. Wie schätzt die Landesregierung das sogenannten „Lärmpausen-Modell“ des hessischen Verkehrsministers generell ein, wie insbesondere seine Einführung für den Anflug von Westen aus Rheinland-Pfalz?

Damian Lohr